

KOMMENTAR

„Spaziergänge“ vs. Demokratie

Der erste Monat des Jahres 2022 liegt hinter uns. Dies möchte ich nutzen, um die letzten Wochen des alten Jahres Revue passieren zu lassen. Besonders der Dezember war für mich im Positiven wie auch im Negativen sehr ereignisreich.



Foto: Große

Grundverständnis hinaus. An dieser Stelle greife ich erneut meinen Gedanken aus meinem letzten Kommentar auf und fordere, „dass sich die politischen Entscheidungsträger und die Justiz konsequent hinter die Polizei stellen und jedwede Form der Gewalt auf das Schärfste verurteilen und ahnden“. Beispielgebend sind hier für mich die in Bayern angewandten beschleunigten Verfahren, wie im Dezember 2021 in Schweinfurt.

An dieser Stelle muss aber auch an jeden einzelnen Teilnehmer appelliert werden, sich ganz genau darüber zu informieren mit wem er Seite an Seite „spazieren geht“. Und ob dessen Ziele auch die eigenen sind. Denn ein großes Gut der von einem Teil der Teilnehmer in Abrede gestellten Demokratie ist die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen!

Was mich jedoch bei diesen Einsätzen positiv stimmte, war die uns als Betreuungsteam entgegengebrachte Dankbarkeit der vor Ort eingesetzten Kollegen, insbesondere auch aus anderen Bundesländern. Dies äußerte sich in vielen, wenn auch kurzen Gesprächen und Kommentaren. Zusammengefasst war der Tenor: „Schön, dass ihr da seid!“

Dies dient mir und sicher auch allen anderen an der Einsatzbetreuung beteiligten Kollegen als Ansporn und Motivation, unsere Arbeit genauso fortzusetzen und stetig zu verbessern. Hier möchte ich alle Mitglieder der GdP Thüringen dazu auffordern, Ideen und Vorschläge einzubringen, um so die Qualität der Einsatzbetreuung weiterzuentwickeln und zu erhöhen.

Was bei meinem Rückblick nicht fehlen darf, ist unsere Aktion für die Jüngsten und manchmal auch einsamsten der Gesellschaft

– die Kinder. Stellvertretend hierfür stehen die Kinder des Albert-Schweitzer-Kinderdorfes in Erfurt, welchen wir zu Weihnachten ein paar Geschenke zukommen lassen durften. Leider war es aufgrund der vorherrschenden pandemischen Lage nicht möglich, mit den Kindern persönlich ins Gespräch zu kommen. Dies können wir hoffentlich nächstes Weihnachten nachholen. Wir haben schon einige Ideen gesammelt, um die Kinderaugen wieder leuchten zu lassen.

Abschließend möchte ich noch das Thema „Nachwuchsgewinnung“ einer persönlichen Betrachtung unterziehen. Für mich als Mutter zweier Kinder ist es zurzeit schwer vorstellbar, meinen Kindern den Beruf „Polizist“ von Herzen und mit ruhigem Gewissen zu empfehlen. Dies liegt nicht nur an den geschilderten Erlebnissen bei den „Spaziergängen“, sondern auch an den immer noch nicht idealen Bedingungen, welche innerhalb der Thüringer Polizei vorherrschen. Insbesondere sehe ich hier die Besoldung, die Karrierechancen und vor allem das Gesundheitsmanagement als jene Bereiche an, in denen wir großen Nachholbedarf haben.

Um mit stark aufgestellten Wirtschaftsunternehmen, aber auch der Bundeswehr, Bundespolizei und dem Zoll in einen Wettbewerb auf Augenhöhe treten zu können, muss insbesondere die Thüringer Landespolitik mehr in den Bereich Innere Sicherheit investieren. Aber auch wir als Thüringer Polizei müssen uns von innen heraus weiterentwickeln und uns dadurch moderner, innovativer und stärker aufstellen. Denn nur dann spiegeln wir ein Bild in die Gesellschaft, was für junge Leute attraktiv und spannend ist.

Ich kann versprechen, dass wir als GdP genau an den genannten Punkten ansetzen und unsere Ziele und Erwartungen gegenüber der Politik im Sinne aller Beamten und Angestellten klar formulieren und vertreten werden. Denn bei einem bin ich mir absolut sicher, nämlich dass wir in puncto Innovation und Know-how ein großes Potenzial in unseren Reihen haben und dieses nur abrufen müssen.

Mandy Koch,
Landesvorsitzende der GdP Thüringen

Zunächst möchte ich auf die nicht so schönen Eindrücke eingehen, die ich im Rahmen unserer Einsatzbetreuungen bei den sogenannten „Spaziergängen“ in Greiz sowie in Erfurt sammeln konnte. Negativ waren hierbei nicht die Gespräche und Kontakte zu Kollegen verschiedener Bereitschaftspolizeien, u. a. aus Sachsen und der Bundespolizei, sondern das, was meine Mitstreiter der örtlichen Kreisgruppen und ich vor Ort erleben mussten. Dies reichte von menschlich verständlichen Ängsten bis hin zu krudesten Verschwörungstheorien, massiven Beleidigungen gegenüber den eingesetzten Kräften und – aus meiner Sicht – einem extrem hohen Aggressionspotenzial der Teilnehmer.

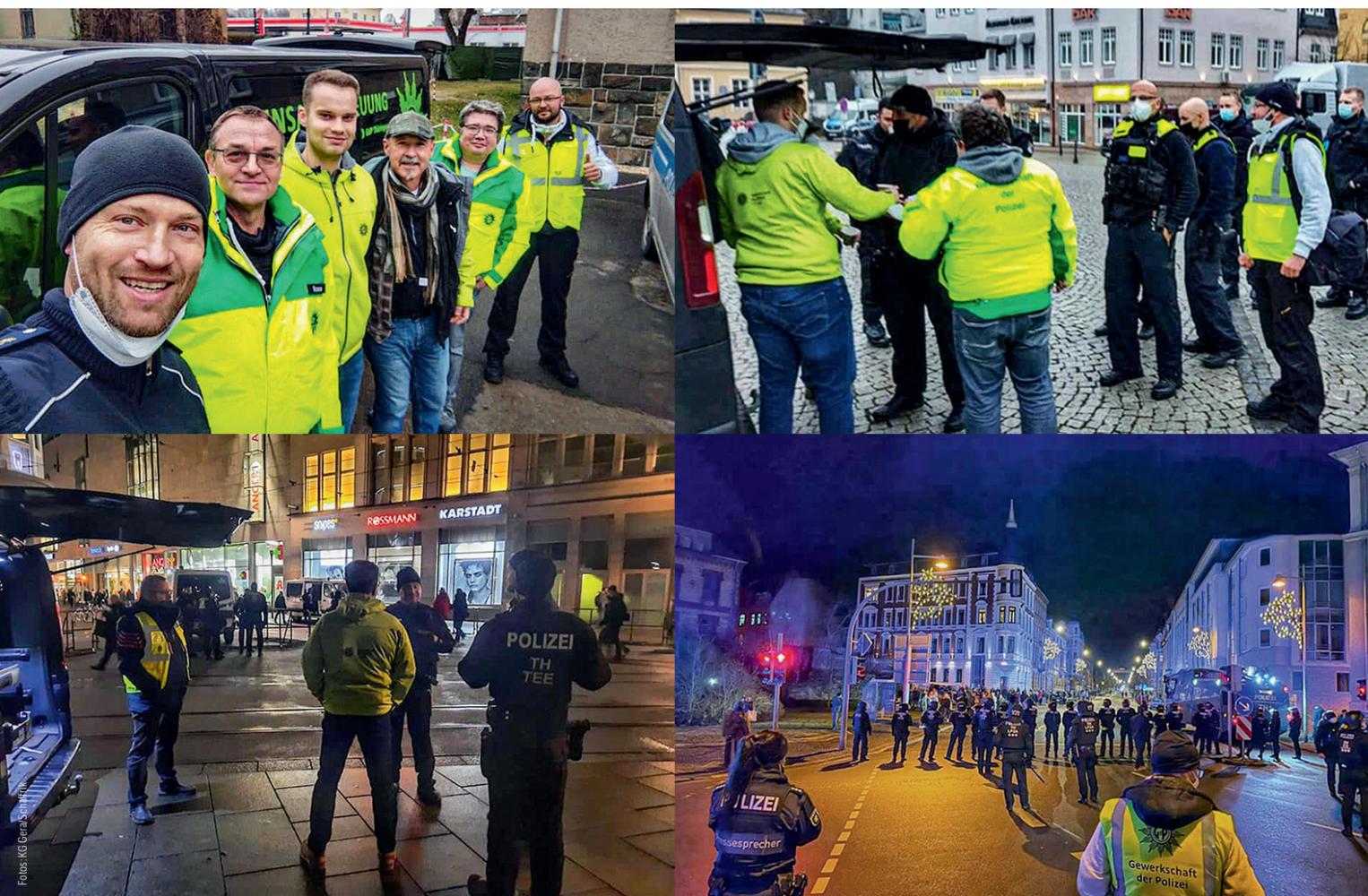
Was sich unsere Kollegen bei diesen „Spaziergängen“ teilweise anhören und gefallen lassen mussten und weiterhin müssen, geht weit über mein demokratisches



GdP INTERN

Einsatzbetreuung Dezember

In Greiz und Erfurt



DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de

ISSN 0949-2828

GdP INTERN

Weihnachten 2021

Nicht nur Weihnachten ist die Zeit, Danke zu sagen oder soziale Projekte zu unterstützen, es ist aber doch eine besondere Zeit. Deshalb machten sich GdP-Landesvorsitzende Mandy Koch und Olaf Alperstedt aus der Kreisgruppe Erfurt am 23. Dezember 2021 auf den Weg nach Erfurt-Melchendorf zum Albert-Schweitzer-Kinderdorf Thüringen e. V., auf welches im vergangenen Jahr die Wahl gefallen war. Sie trafen sich dort mit Christin Schönfuss, die das Ressort Öffentlichkeitsarbeit leitet. Im Gepäck hatten sie kleine Geschenke und Spiele für die Kinder des Kinderdorfes. Ein direkter Kontakt zu den Kindern musste aus Pandemiegründen jedoch leider unterbleiben. Die Gewerkschafter gehen aber davon aus, dass die Kinder sich über ihre kleinen Geschenke gefreut haben.

Es ist nun schon viele Jahre Tradition, dass der/die GdP-Landesvorsitzende an Heiligabend Dienststellen der Polizei besucht und den an den Feiertag diensttuenden Kolleginnen und Kollegen kleine Aufmerksamkeiten überreicht. Gern kommt man dann mit den Polizeibeamt*innen ins Gespräch und erfährt von ihren Sorgen und Nöten. 2021 besuche Mandy Koch gemeinsam mit den Geschäftsstellenmitarbeiterinnen Katrin Ziegler-Dudek und Lisa Schaffrik Dienststellen im Westthüringer Raum. Besucht wurde die LPI Gotha, die Plen Arnstadt-Ilmenau und Eisenach und die APS Westthüringen. In Gotha nahm auch der Leiter der LPI, LPD Detlev Schum, an der Stippvisite der Landesvorsitzenden teil.

Mandy Koch dankte den im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen für ihre tägliche gute Arbeit, die insbesondere in Corona-Zeiten noch mal zusätzlich schwieriger geworden ist. Trotz steigender Ausbildungszahlen sinke immer noch die Zahl der Polizeibeamt*innen in den Dienststellen. Die Ausfallquote bei der Ausbildung sei zu hoch, die Altersabgänge liegen auf hohem Niveau und 2021 konnten nicht mal alle Ausbildungsplätze in Meiningen besetzt werden. Nach Kochs Worten ist es höchste Zeit für Landtag und Landesregierung, die innere Sicherheit zu stärken und die Arbeit der Polizei besser zu honorieren.

In den Gesprächen mit den Kolleg*innen ging es häufig um die drohende Spaltung der Gesellschaft durch die Corona-Gegner. Die Polizist*innen beklagten, dass sie als Prellböcke insbesondere für Corona-Leugner herhalten müssten. Diese forderten für sich selbst absolute Freiheit, seien aber selbst nicht bereit, einfachste Regeln des menschlichen Zusammenlebens anzuerkennen. Sie pochen auf ihr Recht der körperlichen Unversehrtheit, hätten aber keine Probleme damit, Polizisten anzupöbeln, anzuspucken, zu beleidigen oder körperlich anzugreifen und mit Steinen und Flaschen zu bewerfen. Koch bestätigte, dass sie die gleichen Erfahrungen bei der Einsatzbetreuung in den zurückliegenden Wochen gemacht habe. Sie fordere deshalb auch konsequentes Handeln von Politik und Justiz. Sollte die Polizei mit dem Thema alleingelassen werden, so befürchte sie schlimme Konsequenzen für die Demokratie. Sie werde das auch immer wieder laut sagen. Dies sei sie den Beschäftigten der Thüringer Polizei schuldig. ■



Albert-Schweitzer-Kinderdorf



PI Eisenach



LPI Gotha



PI Arnstadt-Ilmenau



SCHÖNEBERGER FORUM

Gewalt ist nicht hinnehmbar

Pöbeleien, Bedrohungen, körperliche Attacken: Viel zu oft werden Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor Opfer von Gewalt. Egal ob bei der Polizei, auf Ämtern, in Krankenhäusern, Schulen oder den Verkehrsbetrieben – Beleidigungen und Übergriffe sind inzwischen alltäglich geworden.

Erfahrungen, die uns geschildert wurden, lassen keinen Zweifel: Gewalt ist für Beschäftigte, die tagtäglich für unsere Gesellschaft da sind, längst keine Seltenheit mehr. Um eine breite Öffentlichkeit auf die Probleme

matik aufmerksam zu machen, hat der DGB 2020 unter Mitwirkung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ gestartet (DP berichtete). Mit ihr soll deutlich gemacht werden, was die Beschäftigten für ihren täglichen Einsatz im Gegenzug dafür erfahren. Beim diesjährigen Schöneberger Forum wurde das Thema aus seiner praktischen Perspektive betrachtet. Verschiedene Stufenvertretungen der Personalräte der Thüringer Polizei konnten an dieser Veranstaltung teilnehmen. Es ging um den Austausch und das Sammeln von Erfahrungen, wie wir unsere Beschäftigten schützen und Betroffenen helfen können. Ferner wurden die Möglichkeiten zur Einflussnahme von Personalräten betrachtet.

In der Diskussionsrunde nach der Eröffnung „Keine Gewalt gegen Beschäftigte – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?“ diskutierten Vertreter verschiedener Gewerkschaften, was seitens der Politik und der Dienstherren getan werden muss, um den negativen Trend zu stoppen. Kann das vermeintliche Verrohen unserer Gesellschaft die einfache Antwort sein? Oder spielen hier doch andere Faktoren, wie zum Beispiel der Rückzug des Staates aus vielen Lebensbereichen und Aufgaben der Daseinsvorsorge, eine bedeutendere Rolle als angenommen. Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender der GdP, stand hier in gewohnt souveräner Weise als Gesprächspartner zur Verfügung. Was sind die Ursachen? Mangelnde Investition

sowie Einsparungen bei Personal und Leistungen schmälern die Funktionsfähigkeit des Staates. Das sorgt für Frustration und Aggression bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Beschäftigten bekommen diese Unzufriedenheit oft ab. Schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Schulungen und zu wenig Problembewusstsein der Führungsebenen ergänzen die Erkenntnis. Die Situation im Jahr 2021 wurde durch die Pandemie, anstehende Wahlen, Verschwörungstheorien und die gesellschaftliche Entwicklung noch weiter verschärft. Eigene Interessen wiegen immer stärker, und die kleinsten Unannehmlichkeiten führen oft zur maximalen Gefühlsentladung. Ausgrenzung Andersdenkender, steigende Gewaltbereitschaft, wirtschaftliche Nöte sowie der öffentliche Dienst als Feindbild nehmen zu.

In den fünf Fachforen, die am ersten und zweiten Tag des Schöneberger Forums zu verschiedenen Themen – u. a. zu Prävention, Deeskalation und Nachsorge – stattfanden, wurden uns ein umfangreicher Wissens- und Erkenntniszuwachs geboten. Die kompetenten Referentinnen und Referenten haben aufzeigen können, welche Maßnahmen sich zur Prävention bewährt haben, wie ein gutes Deeskalationsmanagement funktioniert und wie Betroffenen geholfen werden kann, also wie eine adäquate Nachsorge zu gewährleisten ist. Unser besonderes Interesse galt dem Forum Nachsorge: Hilfe für Betroffene: Ronald Mikkeleitis, Außendienstleiter des Bezirksamtes Berlin-Reinickendorf, schilderte uns sehr anschaulich, wie Betroffene aggressive und gewalttätige Vorfälle erleben und versuchen zu verarbeiten. Mit der Veranschaulichung der Zahlen aus dem Jahr 2020 gegen Vollstreckungsbeamte/Polizei führte er uns ins Thema ein. Zwei Morde, 40-mal versuchter Mord, ein Totschlag und 89-mal versuchter Totschlag, 1.342mal gefährliche Körperverletzung und 2015-mal versuchte gefährliche Körperverletzung, 3.020 Fälle einfache und 1.007 versuchte einfache Körperverletzung, 5.557-mal Bedrohung, 47.708 Widerstandshandlungen und 32.491-mal tätlicher Widerstand weist



Jörg Radek

die Statistik aus. Insgesamt wurden hierbei 85.287 Menschen Opfer dieser Straftaten, das ist ein Plus von 5,7 Prozent.

Diese Zahlen müssen nicht weiter erklärt werden. Die meisten Beschäftigten sind gegen diese Arten der Gewalt nicht ausreichend vorbereitet und geschützt, um in brenzligen Situationen richtig reagieren zu können. Denn unabhängig davon, wie schwer die von außen sichtbaren Verletzungen und Auswirkungen sind, kann es auch zu psychischen Symptomen wie Angstzustände, Depressionen und Schlafstörungen kommen. Die Folgen sind schwerwiegend: So wurden zum Beispiel 29,4 Prozent der Betroffenen nach einem Angriff krankgeschrieben. Mehr als jeder Zehnte berichtet von anhaltenden psychischen Problemen und nicht wenige Beschäftigte sind nach einer Gewalterfahrung nicht mehr arbeitsfähig. Allein bei der Deutsche Bahn fielen im Jahr 2018 Beschäftigte 18.647 Tage nach Übergriffen aus. Wir bekamen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit solchen Folgen und erörterten, wie die Rückkehr in den beruflichen Alltag gelingen kann und welche Unterstützungsangebote genutzt werden können. Um unangenehme und auch gefährlichen Situationen etwas entgegenzusetzen zu können, stellte er uns das 5-Säulen-Modell vor.

Hinter jedem Beschäftigten steckt ein ganz normaler Mensch. Dies hat schon seit 2011 die JUNGE GRUPPE der GdP mit ihrer Kampagne „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ sehr anschaulich in das öffentliche Bewusstsein gerückt und auf die verstärkte Gewalt gegenüber den Einsatzkräften der Polizei aufmerksam gemacht. Schärfere Ahndung von Widerständen gegen Beamte des öffentlichen Dienstes ist mit dem neuen Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollzugsbeamten und Rettungskräften ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch wie denken/fühlen die Täter? Gewalttätig werden in der Regel Männer. Täter sehen sich oft nicht als Täter, sondern als Opfer von Provokationen, Demütigungen, Beleidigungen usw. Aus ihrer Sicht haben sie nur reagiert. Diese Grundüberzeugung, sich nur wehren zu wollen, ist eine zwingende Voraussetzung, um Gewalt anwenden zu können! Ein wesentliches Instrument für uns Personalräte war die Vorstellung bestehender Dienstvereinbarungen zum Thema Gewalt am Arbeitsplatz und deren Umgang bzw. Umsetzung. Am Einzelfall wurde erläu-

tert, worin die Ausgangslage bestand und welche konkreten Zielsetzungen mit einer Dienstvereinbarung verknüpft wurden bzw. ob diese erfüllt werden konnten.

Mit klaren und deutlichen Forderungen wurde die abschließende Talkrunde unter der Thematik „Wenn der raue Ton en vogue wird“ mit Dr. Barbara Slowik, Polizeipräsidentin der Polizei Berlin, und Prof. Dr. Bernhard Pörksen eingeleitet. Nur wenn wir den Ursachen auf den Grund gehen, können wir gegensteuern. Doch für viele Berufsgruppen werden Übergriffe nicht systematisch erfasst und gezählt. Jeder und jedem muss klar sein: Beschäftigte sind keine Blitzableiter. Ihre seelische und körperliche Unversehrtheit ist das höchste Gut. Wir brauchen mehr Personal, konkrete Gefährdungsanalysen und modern ausgestattete Arbeitsplätze. Das hilft den Beschäftigten und reduziert Gefahren. Gefährdete Beschäftigte brauchen Reaktionsleitfäden, Schulungen zu präventiven Deeskalationsstrategien sowie funktio-

nierende Mechanismen der Nachsorge. Führungskräfte müssen dahingehend sensibilisiert werden, dass auch der Schutz ihrer Beschäftigten zu ihren Aufgaben gehört und jeder Vorfall ernst zu nehmen ist. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen endlich vorgenommen werden. Denn sind die Bürgerinnen und Bürger mit den Leistungen der öffentlichen Hand und der privaten Dienstleister zufrieden, wirkt sich das letztlich auch positiv auf den Umgang mit deren Beschäftigten aus.

Um mit dieser Botschaft noch mehr Bewusstseinswandel in allen Bereichen der Öffentlichkeit zu erreichen, wurde die Initiative um ein weiteres Jahr verlängert. Wer sich tagtäglich für unsere Gesellschaft einsetzt, darf keine Angst vor Gewalt am Arbeitsplatz haben. Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen und privaten Sektors muss ein Ende haben. Gewalt hört nicht von allein auf. Wir gemeinsam müssen sie beenden!

Monika Pape, Kreisgruppe LPD/TMIK



Impressionen

DGB BILDUNGSWERK in Kooperation mit DGB

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN UND PRIVATISIERTEN SEKTOR

Prävention, Deeskalation, Nachsorge

→ 03./04.11.2021 IN BERLIN

VERGISS NIE HIER ARBEITET EIN MENSCH

Schöneberger FORUM





PERSONENGRUPPEN

Junge Gruppe organisiert sich

Am 3. Dezember 2021 fand sich der neue Landesjugendvorstand in der Geschäftsstelle der GdP Thüringen in Erfurt zum ersten Mal zusammen. Um den aktuellen Pandemiebestimmungen gerecht werden zu können, wurde kurzerhand in eine Hybrid- statt Präsenzsitzung umgeplant. Demnach war der Geschäftsstelle die Hälfte der Teilnehmer*innen digital zugeschaltet. Alle Anwesenden wurden tagesaktuell getestet.

Über lange Zeit wurde die Sitzung von den GdP-Spitzen Mandy Koch und Thomas Scholz begleitet. Gemeinsam wurde besprochen, wie die Anträge aus der Landesjugendkonferenz im Oktober 2021 umgesetzt und Besserungen erzielt werden könnten. Die ersten Aufgaben wurden dazu verteilt. Zudem ließ man die Landesjugendkonferenz insgesamt Revue passieren. Hier mussten beispielsweise Rechnungen geprüft und das Protokoll bestätigt werden.

Weiterhin wurden das aktuelle Tarifergebnis sowie die Alimentationsanpassung über die Kindergelderhöhung/-nachzahlung erläutert und diskutiert. Darüber hinaus tauschten sich die Anwesenden zur Umsetzung der neuen Infektionsschutzmaßnahmen und den zugehörigen Stimmungsbildern in den Dienststellen aus. Ein Diskussionsthema war auch eine mögliche Impfpflicht im Polizeibereich. Ein Fokus soll auf die bundesweite Kampagne „Grundgesetz – Unsere Verantwortung!“ gelegt werden, die gemeinsam mit der Politik angegangen werden soll. Erste Treffen mit den Parteien im Thüringer Landtag sind ja im Herbst 2021 bereits gelaufen.

Die Kasse wurde übergeben, die Protokolle ausgetauscht – nun kann die ehrenamtliche Tätigkeit langsam beginnen. Ob in diesem Jahr größere Veranstaltungen organisiert werden können, insbesondere die Blaulichtmilieu-Party, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Hoffen wir das Beste!

Letztlich wurde ein Ausblick zu wichtigen Terminen im kommenden Jahr (Bundesjugendkonferenz, Landesdelegiertentag Thüringen, G7-Gipfel, Tag der Deutschen Einheit in Thüringen) gegeben. Dem Altvorstand wurden abschließend kleine Präsenten überreicht und für ihre Arbeit gedankt.

In diesem Sinne hofft der Landesjugendvorstand, dass alle gesund und munter in das neue Jahr 2022 gestartet sind! Mögen wir alle in eine positive und fortschrittliche Zukunft blicken.

Euer Landesjugendvorstand



Der JG-Vorstand



SENIORENJOURNAL

Auch 2021 aktiv gewesen

Im Sommer 2021 war es endlich wieder so weit, dass wir als Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Erfurt wieder gemeinsame Aktivitäten wahrnehmen durften. Wir mussten uns zwar an gewisse Auflagen halten, aber die Hauptsache ist, wir waren wieder zusammen und durften wieder was gemeinsam unternehmen.

Leider hat Corona auch in unserer Gruppe seine Spuren hinterlassen. Denken wir nur an Udo Falkenhain, Eberhardt Schirmer und Franz Rindermann, die verstorben sind und uns sehr fehlen werden. Aber gerade deswegen und in dieser Zeit müssen wir ihre Ehepartner mit in unsere Seniorengruppe einbeziehen. Wir kümmern uns um sie und laden sie deshalb zu gemeinsamen Aktivitäten der Gruppe mit ein.

Also, was haben wir nach Corona (ich betone immer wieder, dass Corona noch nicht vorbei ist) unternommen? Wir haben im Garten von Familie Hahn ein Grillfest gemacht.

Dadurch dass dies draußen stattfand, konnten wir die Regeln sehr gut einhalten. Des Weiteren waren wir gemeinsam auf der BUGA auf dem Petersberg sowie auf der EGA. Das war natürlich ein Erlebnis, obwohl an diesem



Die große Goldmedaille der BUGA 21

Tag das Wetter es nicht so gut gemeint hat, denn es hat nur geregnet. Wie sagt der Volksmund? Es gibt kein schlechtes Wetter, sondern nur schlecht angezogene Leute.

Im Oktober waren wir in Kerspleben gemeinsam zum Bowling. Vorher wurde gut gespeist und anschließend wurde es wieder abtrainiert. Das hat allen sehr viel Spaß gemacht und wir werden es auf jeden Fall so schnell wie möglich wiederholen. Wenn Corona es zulässt, wollen wir im Dezember noch eine Weihnachtsfeier machen.

Es ist einfach schön, wenn man sich nach so langer Zeit wieder in größeren Gruppen treffen darf. Wie lange haben wir das vermisst. Gerade als Senioren sind solche Treffen und Zusammenkünfte sehr wichtig, denn diese gemeinsamen Aktivitäten schweißen uns als Seniorengruppe noch fester zusammen.

**Marena Jödicke,
GdP-Seniorengruppe Erfurt**

SENIORENVORSTAND

Päckchen gepackt

Da Anfang Dezember 2021 die Corona-Pandemie in Thüringen erneut zu heftigen Neuinfektionen geführt hatte, musste sich der Seniorenvorstand der GdP-Kreisgruppe Jena schweren Herzen, dazu entschließen, die Weihnachtsfeier der Senioren auch in diesem Jahr abzusagen. Um den Senioren doch wenigstens eine kleine Freude zu machen, beschloss der Vorstand, für die Senioren kleine Weihnachtspäckchen zu packen und zu versenden. Da doch mehr als 70 Senioren zur Seniorengruppe gehören, entsteht dabei auch ein nicht unerheblicher Aufwand. Zunächst ist erst mal der aktuelle Mitgliederbestand zu erheben. Dann braucht es geeignete Briefumschläge. Diese müssen dann mit Adresse und Absender versehen und frankiert werden und der Inhalt ist auch einzufüllen. Das ist keine Aufgabe für einen Einzelnen. Deshalb traf sich der Vorstand am 6. Dezember 2021 in der LPI Jena. Nach Kaffee, Stol-

len und einem kleinen Nikolausgeschenk ging es frisch ans Werk und nach einer guten Stunde waren zwei Kartons mit Briefen für die Mitglieder gepackt. Nun noch schnell damit zur nächsten Postannahmestelle und schon wenige Tage später gab es die ersten erfreuten Rückmeldungen. Der Aufwand hat

sich also gelohnt und wir haben trotz Corona die Verbindung zu unseren Mitgliedern gehalten. Der Arbeitsplan für 2022 war auch in den Briefen und spätestens im April soll es die erste Veranstaltung geben. Bis dahin – bleibt gesund.

Edgar Große



Foto: Große



INFO-DREI

Verkürzung der Probezeit in ...

... Sachsen-Anhalt

Die Feststellung der Bewährung oder Verlängerung der Probezeit wird für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte des Landes Sachsen-Anhalt in § 10 des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG) vom 17. Juni 2008 in der jeweils geltenden Fassung, § 20 Beamtenengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Landesbeamtenengesetz – LBG LSA) vom 15. Dezember 2009 in der jeweils geltenden Fassung sowie § 7 der Verordnung über die Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes des Landes Sachsen-Anhalt (Polizeilaufbahnverordnung – PolLVO LSA) geregelt.

Zum Beamten auf Probe wird ernannt, wer seinen Vorbereitungsdienst erfolgreich abgeschlossen hat und zur späteren Verwendung als Beamter auf Lebenszeit vorgesehen ist. Gemäß § 20 LBG LSA ist die Zeit im Beamtenverhältnis auf Probe die Zeit, während der sich die Beamtinnen und Beamten bewähren sollen. Die Ernennung zur Beamtin auf Lebenszeit oder zum Beamten auf Lebenszeit ist nur zulässig, wenn die Beamtin oder der Beamte sich in einer Probezeit bewährt hat.

Die Probezeit dauert in der Regel drei Jahre. Während dieser Zeit sind die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten wiederholt zu beurteilen. Lediglich Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes können auf die Probezeit angerechnet werden, wenn die Tätigkeit nach Art und Bedeutung der Tätigkeit in der Laufbahn gleichwertig ist. Die Mindestprobezeit beträgt gemäß § 20 LBG LSA in der Laufbahngruppe 1 sechs Monate und in der Laufbahngruppe 2 ein Jahr.

Kann die Bewährung bis zum Ablauf der Probezeit noch nicht festgestellt werden, so kann die Probezeit verlängert werden. Sie darf jedoch fünf Jahre nicht überschreiten. Beamtinnen und Beamte, die sich nicht bewähren, sind zu entlassen.

Nancy Emmel

... Thüringen

Die regelmäßige Probezeit dauert in allen Laufbahnen der Thüringer Polizei drei Jahre. Eine Verkürzung der Probezeit kommt für Beamte, die die Laufbahnprüfung mit entsprechend gutem Ergebnis abgeschlossen haben, nach § 31 ThürLaufbG (Laufbahngesetz) in Betracht, wenn sie auch während der Probezeit sehr gute Leistungen zeigen. Minimum ist eine Probezeit von einem Jahr abzuleisten. Die personalführende Dienststelle stellt zeitnah mit der Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Probe fest, ob eine Verkürzung infrage kommt. Eine Antragstellung des Beamten ist in diesem Zusammenhang nicht erforderlich. Gemäß Richtlinie des TMIK über die Verfahrensweise bei Verkürzung der laufbahnrechtlichen Probezeit vom 23. Februar 2021 dienen die Beurteilungen der Feststellung der Bewährung sowie die Geeignetheit zur Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Bei der Vorbereitung und Entscheidung über die Verkürzung der Probezeit wegen guter Leistungen ist diese anzuwenden. Im Rahmen der Probezeit sind zwei Probezeitbeurteilungen zu erstellen, eine Zwischenbeurteilung erstmalig vor Ablauf der Hälfte der regelmäßigen Probezeit mit der Einschätzung „voraussichtliche Bewährung“/„Bewährung bei deutlicher Steigerung“ und eine abschließende Probezeitbeurteilung. Anhand dieser Einschätzung der Leistungen ergibt sich das voraussichtliche Ende der abzuleistenden Probezeit. Die Probezeitbeurteilung umfasst unter Würdigung der Gesamtpersönlichkeit eine Einschätzung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung des Beamten auf Probe in Bezug auf die Erfüllung der Aufgaben der Laufbahn. Die Feststellung zur Verkürzung durch das TMIK wird nach Genehmigung der personalführenden Stelle mitgeteilt. Damit kann der Probebeamte unter Beachtung der beamten- und laufbahnrechtlichen Vorschriften durch die zuständige Behörde in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden.

Monika Pape

... Sachsen

„Nichthandhabung“ trifft es besser, denn die Verweigerungshaltung des Sächsischen Innenministeriums gegenüber Beamtenrechten müffelt bis in jeden Winkel der Polizei. Die Rechtslage ist ok: Regelprobezeit für alle drei Jahre, Mindestprobezeit LG1 (eD/mD) sechs Monate und LG2 (gD/hD) ein Jahr, Verkürzungsmöglichkeit bis auf die Mindestprobezeit bei Abschluss mindestens „befriedigend“ PLUS in der Probezeit gezeigter überdurchschnittlicher Leistungen. Vorerfahrungen und Vordienstzeiten ergeben weitere Möglichkeiten. Dagegen die Erlasslage des Innenministeriums: Einschränkung der Verordnung für die Polizei (rechtlich nicht zulässig, aber die politische/polizeiliche Führung hat's mit dem Recht nicht so). Anerkennung von Zeiten bei Wachpolizei, Feldjägern oder Bundeswehrzeiten allgemein? Null! Volles Ausschöpfen von Möglichkeiten? Null! Diskussion des Vorschlages des Hauptpersonalrates zur gestaffelten Anwendung? Null! Stattdessen verweist das Innenministerium auf die Polizeidirektionen als Ernennungsbehörden. Unsere Bitte nach regelmäßiger Abfrage der Anwendungspraxis zum Vergleich wurde abgeblüht. Man wolle sich nicht einmischen. Der Kadavergehorsamkeitsmentalität bei Innenminister und Landespolizeipräsident ist jede Etablierung von starken Beamtenrechten fremd. Insgesamt ist es aber tatsächlich schwierig, eine Probezeitverkürzung mit einer nur einmal möglichen Probezeitbeurteilung (überdurchschnittliche Leistungen) zu koppeln. Je nach Laufbahnabschluss könnte man schon nach sechs Monaten die Probezeit beenden. Die drei Monate davor liegende Beurteilung wird wohl nur selten zur Punktlandung. Ein Antragsrecht auf wiederholte Beurteilung müsste deshalb etabliert werden. Eine Diskussion darüber wird es aber nicht geben, denn das Bestehen der Probezeit macht unabhängiger. Nur Abhängige kann man untertänig halten. So geht (Polizei) Sachsen!

Peer Oehler